



Ausschussdrucksache 20(9)187

28.11.2022

**AK Rohstoffe, PowerShift e.V.
Hannah Pilgrim
10405 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Stellungnahme

i.R. der öffentlichen Anhörung am 30. November 2022 im Wirtschaftsausschuss zur Rohstoffsicherheit

Sachverständige: Hannah Pilgrim (Kordinatorin des AK Rohstoffe bei PowerShift e.V.)

Gegenstand der Anhörung:

- Antrag der Fraktion CDU/CSU (BT Drucksache 20/4042)
- Antrag der Fraktion AfD (BT Drucksache 20/4062)

Hintergrund:

Als zivilgesellschaftliches Netzwerk, welches aus Organisationen des Umweltschutzes, der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit besteht und mit der Entstehung der „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ gegründet wurde, begrüßen wir die politische Auseinandersetzung mit den sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Herausforderungen entlang der Wertschöpfungsketten von metallisch-mineralischen Rohstoffen.

Die letzten Rohstoffstrategien aus 2010 und 2020 haben es nicht geschafft langfristig die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Ohne den aktuell steigenden Metallbedarf in Deutschland anzugehen und Ressourcenschutzziele für die Primärmetallnutzung zu setzen, wird die Abhängigkeit von autoritären Staaten und somit auch die Verwundbarkeit der Industrie hoch bleiben.¹

Um die seit Jahren bestehenden Abhängigkeiten im Sinne einer zukunftsfähigen und global gerechten Rohstoffpolitik zu begegnen, empfehlen wir folgende Maßnahmen:

- Gemäß des Koalitionsvertrags vom 24. November 2021, sollte das **“Ziel der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und geschlossener Stoffkreisläufe”** in den aktuell erarbeiteten Eckpunkten verankert und verbindliche

¹ AK Rohstoffe (2022): [Für eine zukunftsfähige, global gerechte Rohstoffpolitik. Für eine Rohstoffwende-strategie.](#)

Kontakt:

AK Rohstoffe c/o PowerShift e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Hannah Pilgrim
hannah.pilgrim@power-shift.de
<https://ak-rohstoffe.de/>

Reduktionsquoten für metallische Primärrohstoffe festgelegt werden.² Insbesondere in ressourcenintensiven im Mobilitäts- und Bausektor sollten sektorspezifische Zwischenziele formuliert werden. Dies ist auch aufgrund des Zusammenhangs zwischen Rohstoffverbrauch und Klimakrise geboten.³

- Der **Ausbau der Kreislaufwirtschaft im Sinne der Circular Economy**, die die dauerhafte Nutzung von metallischen Rohstoffen aus dem anthropogenen Lager vorsieht, gehören in den Fokus einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Kreislaufwirtschaft beginnt dementsprechend bereits beim Design der Produkte. So müssen Produkte ressourcenschonend, langlebig, schadstofffrei und kreislauffähig gestaltet sein. Die Kreislaufwirtschaftshierarchie sollte, wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen empfohlen, konsequent umgesetzt werden. Die Versorgung mit Sekundärrohstoffen sollte gegenüber der Versorgung mit Primärrohstoffen Vorrang haben. Das bedeutet zum einen, dass Forschung und Förderung zu Ökodesign und Recycling stark ausgebaut werden. Zum anderen sollten sowohl Förder- als auch regulatorische Instrumente den Einsatz von Rezyklaten stärken, wie zum Beispiel Rezyklateinsatzquoten, ökonomische Anreize sowie die Förderung von innovativen Geschäftsmodellen. Es müssen außerdem verbindliche Mindeststandards für Recyclingprozesse in den Bereichen Umweltverträglichkeit, Sicherheit und Qualität etabliert werden. So kann vermeidbares Downcycling, sowie die Schaffung von Lock-In-Effekten durch den Aufbau inadäquater Produktionsstätten verhindert werden.⁴ Der umfassende Ausbau der Kreislaufwirtschaft bietet zudem die Möglichkeit neuer Arbeitsplätze.⁵
- Der hohe metallische und mineralische Rohstoffverbrauch Deutschlands verschärft soziale, ökologische, menschenrechtliche Konflikte entlang von Rohstofflieferketten - vor allem außerhalb Deutschlands. Das zeigen beispielsweise Fälle aus Guinea⁶, im sogenannten Lithium-Dreieck in Lateinamerika⁷, in Mexiko und Guatemala⁸, Kolumbien⁹ oder Brasilien.¹⁰ Demnach muss dem **Schutz von Menschenrechten und höchsten Umweltstandards beim Rohstoffabbau und entlang der gesamten Wertschöpfungskette höchste Priorität** eingeräumt werden. Verbindliche menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten sowie wirksame Beschwerdemechanismen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sollten als Grundlage für die Versorgung mit Rohstoffen auf allen Ebenen festgeschrieben werden; dabei

² Ressourcenwende (2021): [Policy Brief: Ressourcenschutzziele zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs.](#)

³ PowerShift (2022): [Heißes Eisen für kaltes Klima?!](#)

⁴ Nabu (2021): [Sekundärrohstoffe in Deutschland.](#), UBA (2020): [Transformationsprozess Zum treibhausgasneutralen und ressourcenschonenden Deutschland – Green Supreme.](#)

⁵ FEPS (2022): [The Circular Economy and Green Jobs in the EU and Beyond.](#)

⁶ Bundestag (2019): [Öffentliche Anhörung zum Thema "Rohstoffe unter besonderer Berücksichtigung von E-Mobilität"](#)

⁷ Brot für die Welt (2018): [Das weiße Gold. Umwelt- und Sozialkonflikte um den Zukunftsrohstoff Lithium.](#)

⁸ Romero Initiative (2019): [Der deutsche Rohstoffhunger.](#)

⁹ Germanwatch (2020): [Why environmental due diligence matters in mineral supply chains.](#)

¹⁰ Misereor (2022): [3 Jahre nach Brumadinho drohen weitere Damnbrüche.](#)

sollte der Zugang zu Recht und Entschädigung für Betroffene sichergestellt werden. Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (z.B. Ungebundene Finanzkredit Garantien) sollten verpflichtend an die Einhaltung von menschenrechtlichen, umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten geknüpft werden.¹¹ Als Voraussetzung für Rohstoffimporte aus indigenen Territorien wird die ILO-Konvention 169 sichergestellt und eine ressortübergreifende Strategie erarbeitet und konsequent umgesetzt.¹²

- In Deutschland und der EU sollte eine **umfassende Kreislaufwirtschaft und Urban Mining oberste Priorität** haben. Die im Koalitionsvertrag verankerte ökologische Ausrichtung des heimischen Rohstoffabbaus im Sinne einer Bindung an höchste Umweltstandards zusätzlich an höchste soziale Standards ausrichten und beides definieren. Hierzu gehört die Wahrung der demokratischen Beteiligungsverfahren für Betroffene in den Abbauregionen sowie die Einhaltung der Menschen-, Frauen-, Indigenen- und Arbeitsrechte. Eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren darf nicht zuungunsten von demokratischer Beteiligung und Umweltstandards gehen.
- Im Zuge des Ausbaus strategischer Partnerschaften dürfen handelspolitische Instrumente nicht genutzt werden, um Rohstoffförderländer im Globalen Süden beim **Auf- und Ausbau lokaler Weiterverarbeitung von Rohstoffen und der Schaffung lokaler Arbeitsplätze** zu behindern. Verbindliche und sanktionsbewehrte Nachhaltigkeitsbestimmungen in Handelsabkommen sollten an die Mitzeichnung geknüpft werden.¹³
- Als Zivilgesellschaft sehen wir **Chancen und Risiken bei der Anlegung nationaler bzw. europäischer Reserven von Rohstoffen**.¹⁴ Eine nachhaltige Gründung von Reserven sollte folgendes beachten:
 - Globale Gerechtigkeit: Langfristige Lieferverträge dürfen Weiterentwicklung lokaler Wertschöpfung und Industrialisierung in Ländern des Globalen Südens nicht verhindern.
 - Kreislaufwirtschaft: Schaffung von Lagerkapazitäten muss Sekundär- gegenüber Primärrohstoffen bevorzugen, solange dies nicht zum Nachteil der Nutzung & Marktpreise von Sekundärrohstoffen geschieht.
 - Ökologisch-soziale Standards: Sowohl eingelagerte Sekundär- als auch Primärrohstoffe müssen die höchstmöglichen ökologischen und menschenrechtlichen Standards einhalten.
 - Demokratische, transparente Entscheidungsfindung: Nationale oder europäische Reserven brauchen ein Gremium unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Wissenschaft und gewählten Abgeordneten, um Beschaffungs- und Verteilungsfragen der Rohstoffe einer nationalen Reserve zu legitimieren.

¹¹ AK Rohstoffe (2021): [Außenwirtschaftsförderung in Einklang mit Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz bringen.](#)

¹² ILO 169 Koordinierungskreis (2022): [Presseinformation 21. Juni 2022.](#)

¹³ PowerShift (2020): [Alternatives for the 'Energy and Raw Materials Chapters' in EU trade agreements.](#)

¹⁴ BUND, PowerShift (2022): [Überlegungen zur Bevorratung. Strategische Reserven von Rohstoffen.](#)

